

## 1. Mai: Nein zur Abschottung!

# Jobs & Löhne verteidigen

**Am 14. Juni geht es um alles! Schweizerinnen und Schweizer entscheiden über die extreme SVP-Chaos-Initiative. Die unsere Löhne, Pensionen und Arbeitsplätze frontal angreift. Und den Service public, die Bevölkerung und die Menschenrechte bekämpft. «Nein zur Abschottung – Jobs und Löhne verteidigen.» Alle auf die Strasse am 1. Mai!**

Unter diesem Motto ruft der Schweizerische Gewerkschaftsbund zur Teilnahme an den 1.-Mai-Kundgebungen in der ganzen Schweiz auf. In Zürich und Winterthur starten die Kundgebungen um 10.30 Uhr, in Meilen, Dietikon, Bülach und Uster finden «Maifeiern» statt. In Zürich beginnt das 1.-Mai-Fest bereits am Mittwoch, 29. April, und dauert bis Samstag, 2. Mai. Begleitet durch ein abwechslungsreiches Musik- und Politprogramm (<https://1mai.ch>).

An der traditionellen Maivorfeier im Volkshaus vom 30. April diskutieren der Journalist Daniel Binswanger, SGB-Ökonom Daniel Lampart und Alt-Regierungsrat Markus Notter über die möglichen Auswirkungen bei einem Ja am 14. Juni zur Chaos-Initiative (<https://gbkz.ch>), Katharina Prêlicz-Huber, Gabriela Medici und Anna Jikhareva diskutieren am 2. Mai im Walcheturm die besten Gegenargumente zur rechtspopulistischen SVP-Initiative.

Der VPOD Zürich betreibt am 1.-Mai-Fest wieder die «Rote Eintracht» – die Gewerkschaftsbeiz auf dem Kasernenareal und organisiert am 2. Mai eine Podiumsdiskussion zur erfolgreichen Streikbewegung letzten Herbst in der Waadt, als es wie dieses Jahr bei Stadtbuss Winterthur zu historischen Mobilisierungen gekommen ist. Am Stammtisch Gesundheit, Bildung oder Nahverkehr diskutieren wir an beiden Tagen Erfahrungen, Entwicklungen und Perspektiven. Bei einem Freibier.

Das 1.-Mai-Komitee schreibt: «Demonstrieren wir laut! Gehen wir ans Fest! Besuchen wir die Veranstaltungen! Organisieren wir uns!» Denn: «Die neoliberale Ordnung mit ihren lang gehegten Glaubenssätzen liegt in Trümmern. Die «re-

gelbasierte» internationale Ordnung ist tot und mit ihr die Credos des Freihandels, des freien Wettbewerbs und der freien Konkurrenz.» Dieses Vakuum dürfen wir nicht dem xenophoben Rechtspopulismus überlassen. Darum «Nein zur Abschottung – Jobs und Löhne verteidigen.» Zuhause, auf der Strasse, im Betrieb, an der Urne, überall. Am 1. Mai und am 14. Juni. (<https://chaos-nein.ch>)

Regionalsekretariat VPOD Zürich

## Programm Stammtisch Rote Eintracht:

### 1. Mai

14–15 Uhr Stammtisch Gesundheitsbereich  
16–17 Uhr Bildungsbier Bildungsbereich

### 2. Mai

13–14 Uhr Bildungskafi Bildungsbereich  
14–15 Uhr Stammtisch Gesundheitsbereich  
15–16 Uhr Stammtisch Nahverkehr

## Von der Waadt bis zum Care-Streik: Kämpfe verbinden!

Samstag, 2. Mai, 12–13 Uhr  
Glaspalast

Diskussion mit Genoss\*innen aus der Waadt, dem feministischen Streikkollektiv und dem VPOD Zürich. Ende 2025 kam es im Kanton Waadt zu historischen Mobilisierungen gegen Budgetkürzungen. Beschäftigte aus öffentlichem und halböffentlichem Dienst organisierten sich sektorübergreifend und beschlossen einen unbefristeten Streik. Wir diskutieren Hintergründe, Erfahrungen und politische Perspektiven – auch mit Blick auf den geplanten Care-Streik 2027.

## Schutz & Rettung: Schichtpauschale

# Ein mutiger Schritt voraus

**Sie sorgen rund um die Uhr für unsere Sicherheit. 24 Stunden, 7 Tage die Woche. Es geht um ihre Schichtzulagen für die Nacht- und Sonntagsarbeit. Jetzt haben die Feuerwehrleute beschlossen in die Offensive zu gehen. Sie wollen endlich eine faire, angemessene Entschädigung. Und darum mit dem Stadtrat verhandeln.**

Die gut besuchte VPOD-Versammlung hat die ausstehende Einigung in der Frage der Zulagen zwischen Schutz & Rettung (SRZ) und dem VPOD intensiv diskutiert und beschlossen, mit dem Stadtrat in Verhandlungen zu treten. Bis zu den Sommerferien müssen Ergebnisse her,

sonst kann es in der Stadt Zürich zu einem heissen Sommer kommen. Auslöser der Unstimmigkeit ist die Infragestellung der Schichtpauschale der Berufsfeuerwehr, wie sie seit 1991 besteht und vom damaligen Stadtrat festgelegt wurde. Die Situation bei der Berufsfeuerwehr ist speziell, weil sie als einzige Berufsgruppe in 24-Stunden-Schichten arbeitet und dabei auf eine Wochenarbeitszeit von 53,5 Stunden kommt. Berufsfeuerwehrleute leisten pro Jahr im Schnitt 96 Schichten, wobei 336 Stunden auf einen Sonntag und 980 Stunden in die Nacht fallen (STRB Nr. 2055/1991). Die Arbeitsschicht setzt sich aus

## Stadtbuss Winterthur

# Durchbruch zum Erfolg!

**Am 1. März haben über 100 Busfahrerinnen und Busfahrer einstimmig beschlossen, zwei Tage später vier Stunden lang zu streiken. Zur Warnung. 35 Tage und einige Verhandlungsrunden später ist der Durchbruch gelungen.**

Die VPOD-Mitglieder haben am 7. April einen Newsletter VPOD-Zentralsekretär Micha Amstad (VPOD/SSP) erhalten: «Wir haben grossartige Neuigkeiten: Nach intensiven Verhandlungen hat die Personalversammlung der Busfahrer\*innen von Stadtbuss Winterthur entschieden, auf das Verhandlungsergebnis einzutreten. Die erreichten Verbesserungen bei den Dienstplänen, den Ersatzdiensten, der Mehrstundenauszahlung sowie den Nachtzulagen markieren einen grossen Erfolg. Dieser ist nicht zufällig passiert: Er ist das Resultat von starkem Zusammenhalt und Organisation

in der Belegschaft – aber auch von der grossen Unterstützung von dir und unzähligen anderen solidarischen Menschen. Jetzt gilt es, die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen aufmerksam im Auge zu behalten und unsere gewerkschaftliche Basis an allen Arbeitsplätzen im Service public auszubauen.»

So ist die beeindruckende Kampagne der Kolleg\*innen bei Stadtbuss Winterthur mit dem Erfolg zwar zu einem vorläufigen Ende gekommen, sie konnte aber klar aufzeigen, dass sich Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen erzielen lassen, wenn sich Angestellte mit Herzblut, Mut und Entschlossenheit engagieren und ihre Forderungen gemeinsam durchsetzen. Im Interesse des Service public.

Duri Beer, Regionalsekretariat VPOD Zürich

## Wie sieht es bei den VBZ aus?

Die Gewerkschaften und Transportunternehmen hatten per Ende 2025 den Rahmen-GAV gekündigt, weil ihn der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) nicht anerkennt und die Löhne im Durchschnitt weiter senken will. Damit entfällt auch die Friedenspflicht. Mit einer Ausnahme. Bei den Verkehrsbetrieben Zürich VBZ greift zurzeit noch die sogenannte Betriebliche Vereinbarung (BV), die 2014 abgeschlossen und 2022 erneuert wurde. Sie kann per Ende 2027 von einem oder mehreren der Vertragspartner gekündigt werden. Die im VPOD organisierten Mitarbeitenden diskutieren und entscheiden in den nächsten Wochen und Monaten über Kosten und Nutzen dieser Betrieblichen Vereinbarung, die aus ihrer Sicht in den letzten zehn Jahren keine signifikanten Verbesserungen gebracht hat.

Darum fordern sie eine 35-Stunden-Woche bei der Schichtarbeit sowie kompaktere Dienste mit Pausen unter 90 Minuten und sammeln zurzeit Unterschriften für eine entsprechende Petition.

Im Herbst 2025 stellte sich der ZVV auf den Standpunkt, er könne nichts machen. Die Chauffeure und Trampilotinnen müssten sich an die Arbeitgeber wenden. Wenn eine Revision der Betrieblichen Vereinbarung bei den VBZ zur Einführung der 35-Stunden-Woche und sowie kompakteren Diensten führt, wären die VPOD-Mitglieder wahrscheinlich damit einverstanden. Ohne substantielle Verbesserungen werden sie in der Betrieblichen Vereinbarung – mit der sie ihr einziges Druckmittel gegen den ZVV und die VBZ aus der Hand geben – keinen Nutzen mehr erkennen.

## Abstimmungsparolen 14. Juni 2026

**Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» NEIN**

Der starre Bevölkerungs-Deckel gefährdet unsere Sicherheit, unsere Lebensqualität und den bilateralen Weg. Ab dem Jahr 2031 droht das Chaos.

Mehr Infos: <https://www.nein-chaos.ch/>



Der Flughafen als Stützpunkt von Schutz & Rettung Zürich.

der Arbeitszeit und dem Bereitschaftsdienst mit Ruhemöglichkeit zusammen.

Die Zulagen für Nacht- und Sonntagsarbeit sind für die Feuerwehrleute (Funktionsstufe 9) ein substantieller Lohnbestandteil und belaufen sich heute auf rund Fr. 617.– pro Monat. Sie sind seit 1991 nur durch den Anstieg der Jahresteuern angewachsen, die damalige Anpassung hatte der Stadtrat mit dem Anstieg der Einsätze und weiteren Gründen begründet. Die Berufsfeuerwehrleute fordern eine angemessene, faire Entschädigung für Nacht- und Sonntagsarbeit und haben darum am 7. April

beschlossen, eine signifikante Erhöhung der Schichtpauschale einzufordern sowie den Stadtrat zu Verhandlungen aufzurufen. Die Delegation der VPOD-Versammlung besteht aus neun Mitgliedern der Berufsfeuerwehr sowie einem Vertreter des Regionalsekretariats.

Duri Beer, Regionalsekretariat VPOD Zürich

## Agenda

**Montag, 4. Mai, 9 Uhr**  
Vertrauensleute-Tagung VBZ VPOD Zürich, Depot Irchel

**Dienstag, 5. Mai, 19 Uhr**  
Regionalvorstand VPOD Zürich Zürich, VPOD-Sekretariat

**Samstag, 9. Mai, 9–17 Uhr**  
Building Our Union: Basismodul I Zürich, VPOD-Sekretariat

**Montag, 11. Mai**  
Austausch Bildungsgruppe Zürich, VPOD-Sekretariat

**Donnerstag, 28. Mai, 19 Uhr**  
Vollversammlung VPOD Zürich Zürich, Triemlihospital

**Samstag, 6. Juni, 14 Uhr**  
Feministisch streiken – Workshop Zürich, VPOD-Sekretariat

**Mittwoch, 10. Juni, 18 Uhr**  
How to strike? Crashkurs Zürich, VPOD-Sekretariat

**Sonntag, 14. Juni, ganzer Tag**  
Wir legen die unbezahlte Care-Arbeit nieder

**Dienstag, 8. September, 19 Uhr**  
Neumitglieder-Anlass Zürich

Danke für deine Solidarität. Deine Mitgliedschaft. Dein Engagement. Deine Arbeit. Auch 2026 erhältst du eine «Prämie», wenn du ein VPOD-Neumitglied gewinnst. Es lohnt sich: <https://zuerich.vpod.ch/mitmachen/service/>

## Anlaufstelle im Betrieb

Aktuell besucht die Regionalsekretärin Elvira Wieggers, zuständig für den städtischen Gesundheitsbereich, wieder mit einem Stand diverse Gesundheitszentren für das Alter (GFA). Ziel ist eine regelmässige Präsenz in den verschiedenen Institutionen, damit möglichst viele Angestellte den VPOD beziehungsweise dessen Ansprechperson kennenlernen.

Die Standpräsenz macht immer wieder deutlich, wie wichtig es ist, vor Ort zu sein, da zu sein.

So ermöglicht es Gespräche mit Vertreter\*innen aller Berufsgruppen und verschafft einen wichtigen Einblick in unterschiedliche Arbeitswelten. Besonders wichtig ist für den VPOD, sich als Gewerkschaft für das gesamte GFA-Personal zu positionieren. Wir sind für alle da und das soll auch jede und jeder wissen.

*Hast du eine Anregung oder Frage zu diesem Artikel? Du arbeitest in einem GFA und hast ein konkretes Anliegen? Schreibe eine E-Mail an [elvira.wieggers@vpod-zh.ch](mailto:elvira.wieggers@vpod-zh.ch)*

## Aus dem Stadtrat

Der Stadtrat hat die Ausgaben von 6,4 Mio. Franken für neue mobile Geräte für die VBZ-Mitarbeitenden genehmigt – der Bedarf wächst stetig an. Alle Fahrdienstmitarbeitenden sind schon länger mit Tablets ausgerüstet. Zusätzlich dazu wurden in verschiedenen Bereichen wie in der Logistik, Technik oder auch für das Büropersonal SAP-Lösungen eingeführt, die auf mobilen Plattformen wie Smartphones und/oder Tablets Anwendung finden. Daher wurde 2019/2020 eine Ausschreibung für die Ausrüstung (inklusive Lifecycle Management) mit mobilen Geräten durchgeführt. Der Vertrag, der aufgrund der Ausschreibung abgeschlossen wurde, trat im Jahr 2020 in Kraft und läuft Ende 2023 aus. Die alten Geräte werden wieder eingesammelt und an den bisherigen Anbieter zurückgegeben. Deshalb werden ab Anfang des Jahres 2024 planmässig wieder rund 2500 Angestellte mit neuen mobilen Geräten (Mobile-Devices) ausgerüstet werden. (615/2024)

In der «Städte-Allianz Öffentlicher Verkehr Ost- und Zentralschweiz» (Städte-Allianz) engagiert sich die Stadt Zürich gemeinsam mit den Städten Luzern, Schaffhausen, St.Gallen, Winterthur und Zug seit 2008 für den raschen und nachhaltigen Ausbau der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Metropolitan-Raum Zürich. Die Städte-Allianz setzt sich durch unterschiedliche

Massnahmen auf nationaler Ebene für eine rasche Realisierung der nötigen öffentlichen Verkehrs-Projekte ein. Bisher wurde die Stadt in der Städte-Allianz durch die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements vertreten. Eine Abordnung durch den Stadtrat ist nicht erfolgt. Themen des öffentlichen Verkehrs sind organisatorisch grundsätzlich beim Departement der Industriellen Betriebe zugeordnet. Aufgrund der fachlichen Zuständigkeit soll daher zukünftig der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe die Interessen der Stadt in der Städte-Allianz vertreten. (614/2024)

Die Volksinitiative «Ja zu 20 Prozent Alterswohnungen in städtischen Liegenschaften» wurde am 17. Januar 2024 mit 5106 Unterschriften (Angabe Initiativkomitee) eingereicht. Mit Stadtratsbeschluss Nr. 2631/2023 wurde festgestellt, dass Titel, Begründung und Unterschriftenliste den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Gleichzeitig wurde das Datum der Veröffentlichung im Städtischen Amtsblatt auf den 20. September 2023 festgelegt und vorgemerkt, dass die sechsmonatige Sammelfrist gemäss § 125 Abs. 2 Gesetz über die politischen Rechte (GPR, LS 161) i. V. m. Art. 27 Kantonsverfassung (LS 101) mit diesem Tag zu laufen beginnt und somit am 20. März 2024 endet. (672/2024)

### Volksauftrag respektieren:

## Jetzt Pflege-Initiative umsetzen

Seit dem 9. März haben schon über 188 000 Menschen den Appell unterzeichnet. Für die Umsetzung der Pflege-Initiative. Mit deiner Solidarität sind wir bald eine Viertelmillion.

Die Gesundheit des Pflegepersonals und damit die Versorgungsqualität für die Bevölkerung sind in Gefahr. 2021 hat die Bevölkerung deshalb die Pflege-Initiative mit 61 Prozent angenommen. Das Herzstück: Die konkrete Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um die Belastung der Pflegenden zu senken.

Doch anstatt den Volksauftrag umzusetzen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern, hat die zuständige Kommission den ungenügenden Gesetzesvorschlag des Bundesrats komplett zusammengestrichen. So nicht!

<https://unterzeichnen.pflege-appell.ch/jetzt>

## GAV AÖZ

### Info & Diskussion

#### Was bedeutet der neue GAV für dich?

Stand der Verhandlungen  
Chancen & Risiken  
Offene Fragen  
Deine Stimme zählt

Montag, 11. Mai 2026, 17.30 Uhr

VPOD Zürich  
Birmensdorferstrasse 67

Komm vorbei – diskutier mit  
Apéro

## Klassenkampf von oben

Die Wirtschaftskommission des Nationalrats folgt dem Mehrheitsantrag und will kantonale Mindestlöhne aushebeln. Für Beschäftigte im Gastgewerbe, in der Reinigung oder in Coiffeursalons im Kanton Zürich hat das gravierende Folgen: Obwohl das Volk in den Städten Zürich und Winterthur gesetzliche Mindestlöhne beschlossen hat, sollen tausende Menschen mit tiefen Einkommen auch in Zukunft keinen Lohn zum Leben erhalten. Bundesrat und Kantone sind sich einig, dass diese Regelung verfassungswidrig ist.

Die bürgerliche Mehrheit in der Wirtschaftskommission des Nationalrats hat kürzlich beschlossen, dass neue gesetzliche Mindestlöhne da nicht gelten sollen, wo allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge (GAV) tiefere Löhne vorsehen. GAV-Beschäftigte, die heute bereits einen kantonalen Mindestlohn erhalten, bekommen zukünftig keine Mindestlohnerhöhungen mehr.

Der vorliegende Beschluss zeigt, dass die Bürgerlichen selbst absolute Minimaleinkommen noch mehr nach unten drücken möchten. Das offensichtliche Ziel: Arbeitgeber sollen möglichst hohe Gewinne abschöpfen können. Das auf Kosten von Geringverdienenden und des Rechtsstaates.

Der Bundesrat und fast alle Kantone lehnen die Regelung ab, weil sie verfassungswidrig ist. Die Verfassung regelt, dass das kantonale Gesetz über der Allgemeinverbindlicherklärung steht. Zusätzlich wird mit einem neu eingeführten Vorrang der GAV-Löhne der Föderalismus beschnitten. Sozialpolitische Massnahmen wie Mindestlöhne liegen in den Kompetenzen der Kantone. Der Kanton Zürich und seine Gemeinden verlieren somit ihre Kompetenz, Geringverdienenden einen Lohn zum Leben zu garantieren. Der GBKZ wird sich mit aller Kraft gegen diesen Angriff auf die Mindestlöhne wehren.

GBKZ-Medienmitteilung 14. April 2026

### Salamitaktik im öffentlichen Sektor

## Scheibchenweise zum Ausverkauf?!

Warum strukturelle Veränderungen selten neutral sind – und weshalb bei jedem einzelnen Schritt genau hingeschaut werden muss.

Strukturelle Veränderungen kommen selten als grosser Bruch daher. Sie beginnen oft unscheinbar – mit einer Ausgliederung hier, einer organisatorischen Anpassung dort, einer «Modernisierung», die auf den ersten Blick sinnvoll erscheint. Jeder einzelne Schritt wirkt für sich genommen nachvollziehbar, teilweise sogar notwendig. Doch genau darin liegt die Dynamik: Was isoliert betrachtet harmlos wirkt, kann in der Summe zu einer grundlegenden Verschiebung von Strukturen, Einflussmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen führen.

Privatisierung erfolgt selten in einem einzigen Schritt. Viel häufiger zeigt sich ein anderes Muster: Veränderungen werden in Etappen umgesetzt – über Ausgliederungen, Teilübertragungen oder scheinbar technische Anpassungen. Was als Effizienzsteigerung oder Weiterentwicklung dargestellt wird, folgt oft einer klaren Logik: Risiken und politisch sensible Bereiche werden ausgelagert, während zentrale Steuerungsmöglichkeiten schrittweise verloren gehen.

Gerade diese Vorgehensweise macht die sogenannte Salamitaktik so wirkungsvoll. Einzelne Schritte erscheinen isoliert betrachtet plausibel – erst in der Gesamtschau wird sichtbar, was tatsächlich passiert: Strukturen verschieben sich, Bereiche werden in neue Einheiten überführt, Geltungsbereiche von Gesamtarbeitsverträgen verändern sich, Mitwirkungsrechte werden fragmentiert. Was heute als organisatorische Anpassung beginnt, kann morgen den

Weg für weitergehende Auslagerungen oder strategische Neuausrichtungen ebnen.

Für Mitarbeitende entsteht dabei oft eine trügerische Stabilität. Zu Beginn bleibt vieles gleich, Übergänge werden mit Garantien abgedeckt, Veränderungen als rein strukturell dargestellt. Doch mittelfristig verändern sich die Rahmenbedingungen spürbar: Neue Gesellschaften bringen eigene Logiken mit sich, Entscheidungswege verschieben sich und der wirtschaftliche Druck nimmt zu. Gleichzeitig wird es schwieriger, kollektive Interessen durchzusetzen, weil Belegschaften organisatorisch auseinandergezogen werden.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist deshalb nicht nur der Endzustand entscheidend, sondern jeder einzelne Schritt im Prozess. Die zentrale Frage lautet: Bleiben Gesamtarbeitsverträge, Mitwirkungsrechte und kollektive Schutzmechanismen auch in neuen Strukturen verbindlich bestehen – oder werden sie schrittweise ausgehöhlt?

Diese Entwicklung muss frühzeitig erkannt und aktiv begleitet werden. Das setzt jedoch auch ein Interesse der Mitarbeitenden an gewerkschaftlicher Arbeit voraus. Ebenso wichtig ist die Bereitschaft, den eigenen Arbeitsplatz und dessen Wert aktiv zu reflektieren, schleichende Veränderungen wahrzunehmen und frühzeitig zu reagieren – und nicht erst im Nachgang auf bereits vollzogene Entwicklungen. Nur so lässt sich verhindern, dass strukturelle Veränderungen im Nachhinein als gegeben hingenommen werden, obwohl ihre Richtung längst vorgezeichnet war.

Richard Ernst, Regionalsekretariat VPOD Zürich

### 1. Vollversammlung VPOD Zürich, 28. Mai 2026

## Wo die Mitglieder im Mittelpunkt stehen!

An der ersten jährlichen Versammlung des «neuen» VPOD Zürich stehen unsere Mitglieder im Mittelpunkt. Diverse Gruppen etwa aus den Bereichen Kultur, Nahverkehr, Bildung stellen sich vor und geben Einblick in ihre hochspannenden Aktivitäten.

Komm auch du zur Vollversammlung!

Melde dich an. Bis 30. April.

Wir freuen uns auf dich!

## Einladung Vollversammlung

Liebes Mitglied  
Gerne laden wir dich zur 1. Vollversammlung ein:

28. Mai 2026, 19 Uhr, mit Apéro

Stadthospital Triemli  
Birmensdorferstrasse 497, Zürich  
(Saalangabe folgt, Einlass 18.30 Uhr)

### Gäste:

- Céline Jaissle, Leiterin Spezialpflege und Therapien
- Rebekka Wyler, Generalsekretärin und Christian Dandrès, Präsident VPOD-SSP

- Ansprachen
- Statutarische Geschäfte
- Anträge (bis 30. April an [info@vpod-zh.ch](mailto:info@vpod-zh.ch))
- Aktive Gruppen stellen sich vor, Care-Streik 2027

### Anmeldung

bis 30. April an [info@vpod-zh.ch](mailto:info@vpod-zh.ch)

Die Unterlagen erhältst du nach der Anmeldung. Wir freuen uns auf deine Teilnahme!

Solidarische Grüsse

VPOD Zürich

